

Hintergrund zu den Stuttgarter Protesten: Währungsreform und Wirtschaftspolitik in den Westzonen

D1 Die Historikerin Petra Weber schreibt über die Hintergründe und Folgen der Währungsreform in den Westzonen

Erhards Weichenstellung (gemeint die Einführung der Leitsätze für Bewirtschaftung und Aufhebung der Preisbindung am 18.6.1948) gilt als Geburtsstunde der sozialen Marktwirtschaft, obwohl der Begriff nicht von ihm geprägt wurde und er ihn damals auch noch gar nicht verwandte. Schöpfer des Begriffs war der Wirtschaftswissenschaftler Alfred Müller-Armack, der Marktwirtschaft als einen dritten Weg zwischen liberaler Marktwirtschaft und Lenkungswirtschaft definierte. Sie bedeutete für den Wirtschaftsprofessor an der Universität und späteren Mitarbeiter Erhards im Bundeswirtschaftsministerium, „dass uns die Wirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur dass dies eben keine sich selbst überlassene liberale Marktwirtschaft, sondern bewusst gesteuerte und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll“. Erhard sah in der Formel Müller-Armacks einen Pleonasmus, weil er eine freie Wirtschaft per se für sozial hielt. Der Begriff fand jedoch Eingang in die am 3. Juni 1949 von der CDU verabschiedeten Düsseldorfer Leitsätze, an deren Ausformulierung Erhard maßgeblichen hatte. Die Mehrheit der Menschen in Westdeutschland konnte mit dem Begriff hingegen nichts anfangen und interpretierte ihn zumeist falsch. (...)

Langfristig gesehen mochte die Bewirtschaftungsreform eine Schlüsselrolle bei der Initiierung dynamischen Wirtschaftswachstums in Westdeutschland gespielt haben, im Herbst 1948 stand die gerade erst eingeführte soziale Marktwirtschaft jedoch kurz vor ihrem Scheitern. Die Freude über das zunächst bestaunte „Wunder“ der vollen Schaufenster war schon kurze Zeit später der Sorge über die sprunghaft angestiegenen Preise und die in die Höhe gekletterte Arbeitslosigkeit gewichen. Die Lebenshaltungskosten waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 um 18 Prozent gestiegen. In manchen Städten brachen „Eiertumulte“ aus, weil der Preis für ein Ei innerhalb kürzester Zeit von 30 auf 85 Pfennige hochgeschwungen war. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich von Mitte 1948 bis Sommer 1949 allein in der Bizone von 440.000 auf 1.240.000 erhöht. Im Dezember 1948 wünschten 70 Prozent der befragten Westdeutschen eine Rücknahme der Wirtschaftsreformen.

Die Kritik an dem Direktor für Wirtschaft wuchs selbst in den Reihen der CDU. Ein Misstrauensantrag gegen Erhard, den die SPD-Fraktion am 10. November im Wirtschaftstat stellte, wurde nur noch mit der knappen Mehrheit von acht Stimmen zurückgewiesen. Zwei Tage später riefen die Gewerkschaften zu einem auf 24 Stunden begrenzten Streik auf. (...)

Lohnerhöhungen und die Auferlegung eines sogenannten Jedermann-Programms mit preislich limitierten Verbrauchsgütern, das das überhitzte Preisklima abkühlte, wendeten das Blatt zugunsten des angeschlagenen Direktors für Wirtschaft, der bei den Bundestagswahlen 1949 als Wahllokomotive der CDU fungierte. Der „Dicke mit der Zigarre“, der nicht müde wurde, die Währungsreform und die Marktwirtschaft als „entscheidende glückliche Wendung“ beim Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft zu preisen, verlor indes schon kurz nach der Bundestagswahl wieder an Popularität. Die wiederholte Prophezeiung der SED-Führung, dass die Bundesrepublik nach dem Auslaufen der Marshallplan-Hilfe in eine schwere Krise stürzen werde, schien angesichts der Probleme, mit denen sich die westdeutsche Wirtschaft bis Frühjahr 1951 konfrontiert sah, mehr als ein Gran Wahrheit zu enthalten. Kapitalmangel, verursacht durch Währungsschnitt und Devisenkrise, inflationäre Tendenzen, Kohlenengpässe und eine Arbeitslosenquote, die im März 1950 bundesweit 12,2 Prozent erreichte, ließen große Zweifel aufkommen, ob das Wagnis soziale Marktwirtschaft noch eine Zukunft habe. In West-Berlin, das geradezu als Testfall im innerdeutschen Systemwettbewerb galt, hatte die Arbeitslosigkeit Ende 1949 rund 25 Prozent betragen. Der Produktionsindex der Industrie verharrte auf 20 Prozent des Standes von 1936. Die sozialdemokratische Opposition, die eine Radikalisierung der Arbeiter wie am Ende der Weimarer Republik befürchtete, rief den Bundeswirtschaftsminister dazu auf, Maßnahmen zur Investitions- und Kreditlenkung zu ergreifen, und erklärte die Entwicklung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu einem Gebot der Stunde. Auch im Unionslager herrschten erhebliche Zweifel an Erhards

Hintergrund zu den Stuttgarter Protesten: Währungsreform und Wirtschaftspolitik in den Westzonen

marktwirtschaftlichem Kurs. (...). Unter dem Druck des Bundestages und der Alliierten, die in der hohen Arbeitslosigkeit ebenfalls einen sozialen Explosionsstoff sah, kam Erhard nicht umhin, im Frühjahr 1950 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzulegen. (...) Petra Weber, Getrennt und doch vereint - Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Metropol Verlag, 2020, S.310-313
© Metropol Verlag

D2 Der Historiker Roland Müller schreibt über die Währungsreform und ihre Wirkungen in Stuttgart:

Die Währungsreform vom Juni 1948 gilt als Startschuss schlechthin für den Weg Westdeutschlands bzw. der Bundesrepublik zu einem Wirtschaftswunder im Rahmen einer mit der Person Ludwig Erhards verbundenen Sozialen Marktwirtschaft. Worum ging's? Durch die riesige Verschuldung für Rüstung und Krieg vor 1945 sowie durch die Bewirtschaftung der Güter des täglichen Bedarfs seit 1939 war ein enormer Geldüberhang entstanden - und dadurch eine massive Geldentwertung. Der Geldüberhang sollte beseitigt, ein Wirtschaftskreislauf auf der Basis von Angebot und Nachfrage geschaffen und durch eine unabhängige Zentralbank stabilisiert werden.

Wie hat man's gemacht? Stichtag war Sonntag, 20. Juni 1948, tags darauf war die DM das einzige Zahlungsmittel in den Westzonen. Bis zur Umstellung von Altgeld, auf Antrag, wurde am Stichtag ein sogenanntes Kopfgeld von 40 DM und weiteren 20 DM einen Monat später ausgegeben; Unternehmen, Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe erhielten auf Antrag 60 DM je Arbeitnehmer. Bargeld und Bankguthaben wurden faktisch im Verhältnis 100 RM zu 6,50 DM getauscht; öffentliche Anleihen, in der NS-Zeit zur Kriegsfinanzierung eingesetzt, verfielen als wertlos. Kleine Leute, Sparer, auch Arbeitslose, waren die Verlierer; Besitzer von Sachwerten – seien es Betriebe, Immobilien oder (gehortete) Waren – die Gewinner. Von Überlegungen, auch den Sachwertebesitz zu belasten, war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die Rede. Für das soziale Gefüge wirkte sich aktuell noch schärfer das sogenannte Leitsatzgesetz aus: Der Direktor für Wirtschaft Ludwig Erhardt erhielt danach weitreichende Vollmachten für eine Aufhebung der Preisbindung für wichtige Waren. Während daraufhin die Preise in die Höhe schossen, blieb der ebenfalls aus der NS-Zeit stammende Lohnstopp fast unverändert bestehen.

Was waren die Folgen? Der Pfarrer der evangelischen Rosenbergkirche im Stuttgarter Westen sprach am 6. Juli 1949 von einem starken Einschnitt auch in das kirchliche Leben:

„1. Die Bautätigkeit muss weitgehend eingestellt werden. Das ist besonders schlimm für die Gemeinden, deren Kirchen zerstört sind und ebenso schlimm für die Gemeinden, die Kindergärten und Kinderhorte haben sollten. (...)“

2. Die caritative Tätigkeit der Gesamtkirche wie der Einzelgemeinde ist fast so gut wie lahmgelegt (...) das ist umso schlimmer als jetzt in steigendem Maße bei Alten, Kranken und vaterlosen Familien geholfen werden sollte.

Trotz dieser großen Notstände wird die Reform von vielen Gemeindegliedern begrüßt, weil es auf Grund der Bewirtschaftungsregelung möglich ist, für Geld wieder etwas zu kaufen. Würde es sich jedoch zeigen, dass die jetzt vorhandenen Lebensmittel und Waren in kurzem wieder nicht mehr zu haben sind, so würde das dem Wert der Reform einen tödlichen Stoß versetzen. (...) Was niemand begreift, ist die Tatsache, dass auch der kleine Sparer um alles gekommen ist.“

Ein Gewerkschafter formulierte rückblickend lakonisch. *„Für mich und für Millionen Arbeitnehmer, die Geld gespart hatten, bedeutet die Währungsreform, dass wir für die Zeit von 1945 bis Juni 1948 mit insgesamt 60 Mark abgespist wurden.“*

Roland Müller, Der „Stuttgarter Tumult“ vom 29. Oktober 1948 – Protest im Spannungsfeld von Währungsreform und Kaltem Krieg, in: Haus der Geschichte (Hrsg.), Wege in ein neues Leben. Die Nachkriegszeit, Stuttgart 2017, S. 121-148, hier S. 124/ S.125.

Hintergrund zu den Stuttgarter Protesten: Währungsreform und Wirtschaftspolitik in den Westzonen

Q1: Einschätzung von bedeutenden württembergisch-badischen Politikern zur Währungsreform

 <p>Von unbekannt - Büro des Reichstags (Hg.): Reichstags-Handbuch 1932. VI. Wahlperiode, Verlag der Reichsdruckerei, Berlin 1932, PD-§-134, https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=5163786</p>	<p>„Die Währungsreform besitzt einen ausgesprochen finanztechnischen Charakter und lässt alle sozialen Gesichtspunkte vermissen.“</p> <p>Wilhelm Keil (1870-1968), Landtagsabgeordneter der SPD 1900 – 1933 und 1946-1952, Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung in Württemberg-Baden. Von 1946 bis 1952 war er Mitglied und während dieser Zeit von 1947 an Präsident des Landtages von Württemberg-Baden. In den Jahren von 1947 bis 1949 war er Mitglied des Parlamentarischen Rats beim Länderrat der Amerikanischen Zone.</p>
 <p>Von Bundesarchiv, Bild 102-05710 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5479702</p>	<p>„Die Währungsreform ist ein monetärer Torso, dem jeder soziale Einschlag fehlt.“</p> <p>Heinrich Köhler, Landtagsabgeordneter und Reichstagsabgeordneter 1913-1933 (Zentrum), Finanzminister in Baden (1920-27) und im Reich (1927/8); Finanzminister nach 1946 (CDU).</p>
 <p>https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/ministerin-di-nicole-hoffmeister-krut/wirtschaftsminister-seit-1952/</p>	<p>„Aber die Freiheit muss da enden, wo sie Menschen gefährdet (...). Ein freies Spiel der Kräfte ist nicht möglich, wenn die Karten so gemischt sind, dass der eine immer einen Grand mit Vieren spielen kann und beim anderen es nur zu einem Ramsch langt.“</p> <p>Hermann Veit (1897-1973), seit 1945 Oberbürgermeister von Karlsruhe, Landtagsabgeordneter (SPD) und Mitglied des Wirtschaftsrates der Bizone seit 1946/7; Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident von Württemberg-Baden seit 1946</p>
<p>Robert Leibbrand (1901-1963)</p>	<p>Die Währungsreform sei ein „Generalangriff aller kapitalistischen Kreise auf die Lebenshaltung des schaffenden Volkes.“</p> <p>1945 war Leibbrand Landesvorsitzender der KPD in Württemberg-Baden und Mitglied des Landtags.</p>

Roland Müller, Der „Stuttgarter Tumult“ vom 29. Oktober 1948 – Protest im Spannungsfeld von Währungsreform und Kaltem Krieg, in: Haus der Geschichte (Hrsg.), Wege in ein neues Leben. Die Nachkriegszeit, Stuttgart 2017, S. 121-148, hier S. 129.